

1) Wie stehen Sie zur Förderung der Existenzgründung? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Existenzgründerzuschuss nach SGB III wieder zu Pflichtleistung wird?

2) Wie stehen Sie zur Absicherung Selbständiger im Fall des wirtschaftlichen Scheiterns? Welche Maßnahmen und Instrumente können Sie sich vorstellen?

3) Für viele, besonders für Kleinunternehmer, stellt die Vorsorge für Alter und Krankheit eine enorme finanzielle Belastung dar, die sie sich oft nicht leisten können. Die Folge ist unzureichende Vorsorge für sich und ihre Familien, am Ende eines langen Erwerbsleben steht dann u.U. Altersarmut. Auch die Einführung der faktischen Versicherungspflicht in der Krankenversicherung konnte an dieser Situation nichts ändern. Die z.T. erheblichen Unterschiede bei den Bedingungen, zu denen Arbeitnehmer und Unternehmer in die gesetzlichen Sozialversicherung einbezogen sind, wirken abschreckend und sind teilweise diskriminierend. Dies betrifft u.a. die derzeitigen Regelungen zur Beitragsbemessung, die an der wirtschaftlichen Lebenswirklichkeit der kleinen Unternehmer vorbeigeht.

OWUS hat einen Vorschlag erarbeitet, der für Selbstständige eine weitestgehende Gleichstellung mit Arbeitnehmern in allen Zweigen der Sozialversicherung und eine Verbeitragung nach den zeitnah entstandenen tatsächlichen Einkommen vorsieht.

Wir stehen Sie zu diesen elementaren Fragen sozialer Sicherheit auch für Unternehmer? Wie wollen Sie sich für die Verbesserung der sozialen Absicherung Selbständiger einsetzen? Was muss Ihrer Meinung nach getan werden, um den veränderten Erwerbsbiografien auch im Bereich der sozialen Absicherung gerecht zu werden?

Zu allen drei bisherigen Fragekomplexen bietet sich das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) als Lösungsansatz an. Als Selbständiger in der Zeit der Gründung auf diese Absicherung zurückgreifen zu können, würde unserer Ansicht nach sogar den Gründungswillen vergrößern. Denn das BGE hätte nicht nur Auswirkungen in der Phase der Unternehmensgründung, es käme auch nach Abschluss des Erwerbslebens unter einer gebrochenen Biographie zu sinnvollem Einsatz. Da wir weiterhin als Übergangslösung zum BGE für eine Erneuerung des Systems der Rentenversicherung plädieren, in dem alle Einkommensarten zur Beitragsbemessung herangezogen werden, sich die Auszahlungen allerdings in einem Korridor von Mindest- zu Höchstrente bewegen, wäre auch damit die Absicherung im Alter unter der Voraussetzung eines weniger erfolgreichen selbstständigen Erwerbslebens gegeben.

4) Wir wissen aber auch, dass es besonders für viele Kleinunternehmer schwer sein wird von Beginn an ihren Mitarbeitern den Mindestlohn zu zahlen. Denn die Kaufkraftauswirkung durch höhere Nachfrage wird erst nach 3 bis 5 Jahren spürbar werden. insbesondere öffentliche Auftraggeber können über das Vergaberecht eine gewisse Vorreiterrolle gegenüber der Privatwirtschaft spielen.

Wie stehen Sie zu einem gesetzlichen Mindestlohn? Wie hoch sollte dieser nach Ihren Erfahrungen sein? Wie können Ihrer Meinung nach Kleinunternehmer bei der Einführung des Mindestlohnes konkret unterstützt werden? Was halten Sie generell von so genannten „sachfremden“ Vorgaben im Vergaberecht?

Wie Sie stehen auch wir für einen branchenübergreifenden Mindestlohn. Die Piratenpartei fordert als Kurzfristmaßnahme bis zur Einrichtung einer Expertenkommission die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, der sich wie folgt berechnet:

(60% vom durchschnittlichen Jahresarbeitslohn in Deutschland + 1000 Euro Werbekostenpauschale) geteilt durch 2080 Stunden (52 Wochen à 40 Wochenstunden) Bei Zeitverträgen soll dieser Mindestlohn um 8,33% erhöht werden!

Für das Jahr 2013 bedeutet dies: 9,02 Euro für unbefristete und 9,77 Euro für befristete Arbeitsverhältnisse.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen die Zahlung des Mindestlohns Voraussetzung wird.

5) Wie stehen Sie zur Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf arbeitsintensive und Reparaturdienstleistungen? Wie könnten Sie sich eine Reparaturoffensive für das Handwerk vorstellen?

Wir setzen uns für ein einfaches Steuersystem ein. Prinzipiell streben wir dabei den Regelsteuersatz von 19% an. Allerdings in Verbindung mit der Schaffung eines Sockeleinkommens als Vorstufe zum BGE. Bis zu einer derartigen Entwicklung sehen wir keine Notwendigkeit zu Änderungen an den bisherigen Regelungen, sofern sie sich auf Reparaturleistungen beziehen.

6) Wir sind der Meinung, es muss Alternativen zum Hausbankprinzip geben. Die Federführung bei der Entscheidung zur Gewährung von Förderkrediten sollte bei der fordernden Institution liegen, die technische Abwicklung bei der Hausbank.

Wie stehen Sie zum Hausbankprinzip bei der Vergabe von Krediten an Unternehmen? Welche geeigneten Schritte Ihrer Partei zum spürbaren Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Vergabe von Kleinkrediten sind denkbar?

Die Piratenpartei Sachsen hat beschlossen, sich für eine Abschaffung des Hausbankprinzips zum Zwecke der verbesserten Zugänglichkeit zu Fördergeldern der Förderbanken einzusetzen.

Zur besseren Zugänglichkeit zu Kleinkrediten ist eine Überprüfung der Vergabekriterien denkbar.

7) Wie stehen Sie zu einem wirksamen Insolvenzschutz bei Zahlungsunfähigkeit infolge ausbleibender Zahlungen der Auftraggeber? Welche Maßnahmen könnten Sie sich vorstellen, die Position insbesondere kleiner Unternehmen gegenüber den Auftraggebern zu stärken?

Die deutliche Anhebung der rechtlich zulässigen Verzugszinsen würde helfen, die Zahlungsmoral der Auftraggeber deutlich zu verbessern. Insbesondere die öffentliche Hand lässt sich vielfach sehr viel Zeit. Diskussionswürdige Positionen könnten zwingend auf ein Notaranderkonto zu zahlen sein, so dass der Auftraggeber aus einer Verzögerung keinen Vorteil ziehen kann. Weiterhin setzen wir uns für eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Justiz ein, so dass Zahlungsurteile schneller erwirkt werden könnten.

8) Wir sind der Meinung, dass diese Pflichtmitgliedschaft nicht mehr zeitgemäß ist und durch eine freiwillige Mitgliedschaft ersetzt werden muss. Wenn die Kammern um Mitglieder werben müssen, erhöht sich notwendigerweise auch das Niveau der angebotenen Leistungen.

Wie stehen Sie zu einer Modernisierung und zugleich Demokratisierung der Kammern?

Pflichtmitgliedschaften in Interessenvertretungen lehnen wir grundsätzlich ab. Wenn es die "Interessenvertretung" nicht schafft, ihr Klientel zum Beitritt zu motivieren, ist der Mehrwert für die Mitglieder augenscheinlich unzureichend. Der Status Quo gibt allerdings keinerlei Druckmittel auf Veränderung an die Hand.

9) Wir sind für eine konsequente Entbürokratisierung, die auch ihren Namen wert ist. Wir sind gegen die Abwälzung von kostenintensiven Aufgaben seitens der öffentlichen Verwaltung auf die Unternehmen,

Wie stehen Sie zu einer wirksamen Entlastung der KMU von bürokratischem Aufwand? Wie wollen Sie verhindern, dass immer mehr Verwaltungsaufgaben auf die Betriebe abgewälzt werden? Können Sie sich dabei ein gleichberechtigtes Nebeneinander von elektronischen und konventionellen Verwaltungsverfahren vorstellen?

Ziel muss es sein, die Verfahren grundsätzlich auf elektronischem Wege durchführen zu können. Dies erspart viel Aufwand, da ständig wiederkehrende Informationen automatisch erzeugt und eingetragen werden können. Ebenso können bestimmte Ergebnisse vom System errechnet werden, was die Unternehmen um genau diese Aufgabe ebenfalls entlastet.

Und was die Kostentragung betrifft, können wir bestätigen, dass derjenige, der die Arbeit übernimmt, nicht auch noch mit den daraus resultierenden Kosten belastet werden darf.

10) Von verschiedenen Seiten wird eine Abgabe bzw. Besteuerung von Vermögen oberhalb von einer Million Euro gefordert. Dabei werden nur diffuse Aussagen dazu getroffen, was alles zum steuerpflichtigen Vermögen zählen soll. Besonders in den KMU haften die tätigen Unternehmer und deren Familien mit ihrem Vermögen für das Unternehmen. Es müssen Rücklagen für Investitionen und auch für Krisenzeiten gebildet werden.

Ein Freibetrag von einer Million Euro ist aus unserer Sicht in diesen Fällen zu gering bemessen und trägt der Verantwortung der tätigen Unternehmer in keiner Weise Rechnung.

Wie stehen Sie generell zu einer Vermögensabgabe? Wenn Sie eine solche Abgabe befürworten - was sollte Ihrer Meinung nach zum abgabepflichtigen Vermögen gehören? Wie wollen Sie der besonderen Haftung des Vermögens der tätigen Unternehmer gerecht werden?

Zu dieser Frage befinden wir uns noch in der Diskussion. Sollte sich die Mehrheit für eine Vermögenssteuer aussprechen, wird sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit so gestaltet sein, dass betriebliches Vermögen davon ausgenommen ist. Bedenken dabei muss man, dass die Vermögenssteuer an sich nur an der Frage der Bewertung von Immobilien gescheitert ist, so dass es auch ohne unser Zutun relativ schnell möglich sein müsste, diese Abgabe wieder einzuführen.

11) Wir sind der Meinung, dass nicht die KMU und die privaten Haushalte einseitig die Lasten der Energiewende tragen können, sondern, dass diese alle Energieverbraucher tragen müssen. Wie stehen Sie zur Energiewende insgesamt? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Privilegien der Großbetriebe bei den Kosten der Energiewende abgebaut werden?

Kurz und knapp: Ja.

12) *Wir sind der Meinung, dass Unternehmen mit einer Gemeinwohlbilanz belegen sollen, ob sie gemeinwohlorientiert arbeiten. Diese Gemeinwohlbilanz soll künftig stärker als die Finanzbilanz zur Beurteilung der Unternehmen herangezogen werden.*

Können Sie sich vorstellen, neben der Finanzbilanz von den Unternehmen auch verbindlich die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz zu fordern? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Unternehmen, die nachweislich gemeinwohlorientiert wirtschaften bei der Vergabe von Fördermitteln und öffentlichen Aufträgen besonders berücksichtigt werden?

„Wir brauchen eine faire, gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik“, sagte unser Bundesvorsitzender Bernd Schlömer anlässlich des Programmparteitags in Neumarkt. Auch wenn das keine programmatisch gestützte Aussage ist, so kann doch davon ausgegangen werden, dass die von Ihnen genannten Punkte Bestandteil einer derartigen Politik sind.